



1 Europas freie Zukunft absichern.

2 Antrag 3:

3 an den Kreisparteitag am 05.11.2022:

4 Der Kreisparteitag möge beschließen:

5 Die CDU Dithmarschen fordert:

- 6 • Die Bundesregierung muss Ihre Lieferzusagen schwerer Waffen, Munition und Aus-
7 rüstung an die Ukraine endlich einhalten.
- 8 • Die Bundesregierung muss Exportanträge von deutschen Rüstungsunternehmen an
9 die Ukraine unverzüglich freigeben und darf Exporte anderer Länder mit deutscher
10 Rüstungstechnik nicht länger blockieren oder unterbinden.
- 11 • Die Bundesregierung, insbesondere das Verteidigungsministerium, müssen erneut
12 überprüfen, welche Bestände und Kampfpanzer geliefert werden können.
- 13 • Eine Umsetzung der angekündigten Ringtausche mit EU-Partnern.
- 14 • Das Sondervermögen der Bundeswehr muss effektiv und nur für die Bundeswehr
15 verwendet werden. Zudem darf es nicht dazu führen, dass wie momentan geplant,
16 die Verteidigungsausgaben im Bundeshaushalt sinken und wir die 2%-Selbstver-
17 pflichtung der NATO immer noch nicht einhalten können.
- 18 • Eine deutliche Verstärkung der NATO-Ostflanke durch tatsächliche Truppenverle-
19 gung ins Baltikum und ggf. Polen.
- 20 • Weitere und neue Projekte wie die Truppenverbände der NATO Response Force,
21 insbesondere der NATO-Speerspitze.¹
- 22 • Eine neue Strategie der NATO für die Arktis, verbunden mit neuer Präsenz.
- 23 • Eine Neuaufstellung der europäischen Rüstungspolitik mit grenzübergreifender Zu-
24 sammenarbeit.
- 25 • Eine Erweiterung gemeinsamer europäischer Streitkraftverbände, wie der Deutsch-
26 Französischen Brigade und der EU Battlegroups.
- 27 • Eine neue Debatte und Beratung mit dem Ziel einer gemeinsamen europäischen Ar-
28 mee.
- 29 • Die Bündnis- und Partnerbeziehungen zur Republik Polen wieder zu reparieren, die
30 durch leere Versprechungen, insbesondere im Ringtausch, gemacht wurden, jedoch
31 keine Aufweichung der Haltung und Kritik an neugeschaffenen Demokratiedefizi-
32 ten, wie beim polnischen Richtergesetz.

33 **Begründung:**

¹ NATO Very High Readiness Joint Task Force (VJTF)



34 Mit dem russischen Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen die Ukraine hat sich die Welt in
35 kürzester Zeit verändert. Zum einen war es bis zum 24. Februar kaum zu denken, ein solches
36 Geschehen noch einmal nach den Grauen des zweiten Weltkrieges mitten auf dem europä-
37 ischen Kontinent zu erleben, zum anderen befinden sich die Demokratien des Westens, vor
38 allem in Europa, nun in heißen, statt nur kalten Krieg mit einer militärischen Weltmacht
39 Russland. Bisher, und darauf müssen auch weiterhin die Bestrebungen hinauslaufen, wurde
40 kein NATO-Mitgliedsstaat durch militärische Gewalt angegriffen, jedoch aber findet ein
41 harter Wirtschaftskrieg statt. Darüber hinaus läuft ein Kampf über groß angelegte Hackan-
42 griffe auf empfindliche Infrastruktur, staatliche Institutionen sowie wirtschaftliche Ver-
43 bände und Betriebe. Hinzu kommen immer deutlicher und öfter artikulierte Vernichtungs-
44 fantasien russischer Politiker und Staatsmänner gegen Demokratien des Westens – insbe-
45 sondere auch Deutschland.

46 Viele Einschätzungen gehen davon aus, dass Russland im Falle eines militärischen Sieges in
47 der Ukraine nicht mit seinem Angriffskrieg aufhört. Tatsächlich äußern russische Staats-
48 männer immer wieder, dass dies erst der Anfang sei. Teils werde von einem russischen
49 Großreich bis an die iberische Halbinsel fantasiert.² Zugleich strebt Russland in seinen be-
50 setzten Gebieten eine „Russifizierung“ an, die die ukrainische Kultur und Identität kom-
51 plett auslöschen soll. Es gibt fortlaufend Berichte über verschleppte Bevölkerungsgruppen,
52 deren aktueller Standort im Staatsgebiet Russlands unklar ist.³ Die Massaker von Butscha,
53 der Kampf um Mariupol – es gibt zahlreiche weitere Ereignisse, die klar machen: Russlands
54 Kriegsverbrechen nehmen Ausmaße eines Völkermordes an.

55 Dem entgegen steht die Bundesrepublik, die sich durch eine zerstrittene und führungslose
56 Politik auszeichnet, außenpolitisch sogar widersprüchlich: Zusagen werden wieder einge-
57 sammelt, unterschiedliche Signale gesendet und die Koalitionsparteien SPD, Grüne und
58 FDP weisen sich gegenseitig Blockade und Versagen vor. Gerade in der SPD scheint eine
59 Schiefelage in der Ostpolitik zu bestehen, insbesondere zu Lasten der Länder im Osten Eu-
60 ropas, die als unter anderem Puffer diffamiert werden. Ex-SPD-Kanzler Schröder spielt in
61 diesem Kontext eine schändliche und schädliche Rolle, wie es sie in der Bundesrepublik
62 Deutschland noch nicht gegeben hat.

63 Bundeskanzler Scholz überraschte zunächst folgerichtig mit der „Zeitenwende“. Mehr als
64 die Ankündigung verblieb jedoch nicht. Vielmehr droht sie gänzlich zu schaden. Das Anse-
65 hen Deutschlands ist international an einem Tiefpunkt. Dem entgegen können nur endlich
66 das Einhalten der zugesagten Mittel an die Ukraine und Bündnispartner stehen. Zudem
67 muss die europäische und insgesamt westliche Sicherheitsarchitektur auf neue, stärkere

² <https://www.welt.de/politik/ausland/article238010209/Medwedew-will-offenes-Eurasien-von-Lissabon-bis-Wladiwostok.html>

³ <https://www.spiegel.de/ausland/nach-russland-verschleppte-zivilisten-aus-der-ukraine-ich-will-endlich-meine-tochter-zurueck-a-b0cc2ae6-1270-4857-a4f6-ba4c75b872e5>; https://www.zeit.de/2022/23/verschlep-pung-ukraine-russland-fluechtlinge?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F



68 Beine gestellt werden. In der der NATO muss das Abschreckungsprinzip wieder in den Fo-
69 kus rücken. Wir müssen feststellen: Der Ernstfall kann auch im 21. Jahrhundert eintreten,
70 wir drohen aktuell von einem neuen kalten Krieg, in einen heißen Krieg zu stürzen.

71 All das muss berücksichtigt werden. Innerhalb des westlichen Bündnisses muss die Bun-
72 desrepublik Deutschland seine Zeitenwende durchführen, die hin zu einem Verteidigungs-
73 bereiten und aktiven, verantwortungsbewussten Bündnispartner führt.

74 **Antragsteller:**

75 JUNGE UNION Dithmarschen